

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1897

331 (20.7.1897) Mittagblatt

Karlsruher Zeitung.

Wittagblatt.

Dienstag, 20. Juli.

Wittagblatt.

№ 331.

1897.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 75 Pf.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Beträge oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.
Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

Die Lage im Orient.

(Telegramme.)

* London, 20. Juli. Im Unterhause erklärte der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Curzon, bei Berathung des Etats des Auswärtigen, in Armenien herrsche bittere Noth, die die türkischen Behörden mit den Mächten zu lindern suchten. Auf Kreta sei die Haltung der Insurgentenführer seit dem Abzug der griechischen Truppen entgegenkommender und die allgemeine Lage besser geworden. Man halte an der Grundlage der Autonomie mit der Forderung eines christlichen Gouverneurs, einer Gendarmerie nach europäischem Muster und progressiver Verminderung der türkischen Truppen fest. Bei den Friedensverhandlungen seien die Mächte von Anfang an einig gewesen, eine Wiederabtretung Thessaliens an die Türkei nicht zuzulassen, eine Grenzberichtigung zu bewilligen und die Kriegsschädigung nach der Leistungsfähigkeit Griechenlands zu bemessen, sowie Mißbräuche bei den Kapitulationen zu reformiren. Die Pforte stimmte im Prinzip der festgesetzten Grenze zu und ebenso der Höhe der Kriegsschädigung. Bezüglich der Kapitulationen scheine beiderseits eine Neigung zum Abschluß erzielt zu sein. Wesentliche Differenzen existirten nicht. Jede förmliche Aktion könne die Friedensausichten gefährden; doch liege kein Hinderniß für die Eintracht vor und damit sei die Hoffnung wohl berechtigt, daß die Friedensausichten gesichert seien.

Das Unterhaus nahm ohne samentliche Abstimmung den Etat des Auswärtigen an.

* London, 19. Juli. Dem Reuter'schen Bureau wird aus Konstantinopel gemeldet, der Minister des Auswärtigen, Tewfik Pascha, habe am Samstag den Vertretern der Mächte den Entwurf eines Friedensvertrages vorgelegt. Derselbe halte nicht nur an der Grenzlinie Salomoria fest, sondern fordere auch eine Kriegsschädigung von 4 1/2 Millionen Pfund, also 1/2 Million Pfund mehr, als der von den Vorkapitulationen festgesetzte Betrag, und komme auf die Forderung der Abschaffung der Kapitulationen zurück.

* Konstantinopel, 19. Juli. Heute fand eine Versammlung der Botschafter statt. — Die Abreise Dschevad Pascha's nach Kreta ist vertagt.

* London, 20. Juli. In der Versammlung der Botschafter am Samstag erklärte, der „Times“ zufolge, Tewfik Pascha, er müsse zunächst mittheilen, der Sultan habe die Marschälle Jekki und Saadbedin Pascha zu Delegirten bei den Friedensverhandlungen ernannt. Die Botschafter lehnten einstimmig und entschieden die Zulassung weiterer Delegirter ab: Jekki, der bereits im Vorzimmer wartete, ging darauf ab. Die Versammlung vertagte sich kurz darauf ohne weitere Ergebnisse und überließ Tewfik die Anberaumung einer neuen Begegnung in den nächsten Tagen. Die Botschafter berathen heute wieder. Dem „Standard“ zufolge nahm der deutsche Botschafter anlässlich Tewfiks Besuch am Donnerstag Veranlassung zur Uebermittlung einer sehr scharfen Mittheilung, dahin lautend, die Türkei müsse sich darüber klar werden, daß sie sich ganz vereinzelt und von ganz Europa abgeändert habe. Dem „Daily Telegraph“ zufolge äußerte sich ein hochstehender Berliner Diplomat über die Einstellung der türkischen Verschleppung nicht sehr hoffnungsvoll. Er erklärte, die Gerüchte über nahe bevorstehende Zwangsmaßregeln seitens Rußlands, Englands, Frankreichs und Oesterreich-Ungarns vorerst für unbegründet, meinte aber, derartige Schritte würden bei den Mächten keinen Widerstand finden. Es herrsche vollständige Einigkeit. Deutschland werde dabei wohl keinen thätigen Antheil nehmen, jedoch seine moralische und diplomatische Unterstützung leisten.

* Canca, 20. Juli. Infolge der Schwierigkeit, die Aufhebungen zu unterdrücken, ließen die Admirale übereinstimmend auf den Bericht des den Polizeidienst in Canca ausübenden Karabinieroffiziers 20 Muhammedaner an Bord bringen, die verhaftet wurden, weil sie Lebensmittel verkaufende Christen und solche laufende Muhammedaner mißhandelt hatten. Se ein Schiff der Großmächte übernahm vier Verhaftete, die mit dem ersten englischen Packetboot nach Benghasi gebracht werden sollen.

Königliche Dankagung.

* London, 19. Juli. Ihre Majestät die Königin hat eine Dankagung an die Deutschen Londons gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat: „Anlässlich der Vollendung des 60. Jahres meiner Regierung haben die Vertreter deutscher Kirchengemeinden, Anstalten und Vereine Londons mich in einer überaus kunstvoll ausgestatteten Adresse begrüßt und mir ihre herzlichsten Glückwünsche zum Ausdruck gebracht. Unter den zahllosen Beweisen von Theilnahme und treuer Anhänglichkeit, die mir in diesem dankwürdigen Jahre aus dem In- und Auslande zugekommen sind, nimmt die lokale Kundgebung der Deutschen Londons einen hervorragenden Platz ein, und ich nehme mit herzlichster Genugthuung davon Kenntniß, daß Ihre Landesleute unter dem Schutz und Schirm englischer Gesetze und meiner Regierung sich wohl und zufrieden fühlen. Möge das gute

Einvernehmen der in England lebenden Deutschen mit den Eingeborenen stets ungetrübt bleiben zu gemeinschaftlichem segensreichen Wirken beider Theile. Den Deutschen Londons aber, die mich zu meinem Jubiläum so herzlich beglückwünscht haben, sage ich hiermit meinen besten Dank, und ich erjuche Ew. Hochwohlgebornen, denselben gütig durch Vermittlung der in der Adresse unterschriebenen Herren Vertreter an die betreffenden Kirchengemeinden, Anstalten und Vereine Londons gelangen lassen zu wollen. Mit der Versicherung meines Wohlwollens bin ich Ew. Hochwohlgebornen freundlich gesinnete Victoria, R. et I.“
Herrn Alexander Siemens, London.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* Hamburg, 19. Juli. Nach einer Mittheilung der Direktion der Hamburg-Amerika-Linie zeichnete Seine Majestät der Kaiser den auf einer Nordlandreise befindlichen Hamburger Schnelldampfer „Auguste Victoria“ in Bergen durch einen längeren Besuch aus. Seine Majestät äußerte sich außerordentlich befriedigt über den vor kurzem vollendeten, vollkommen gelungenen Umbau und sprach wiederholt seine Anerkennung über die schöne Einrichtung des Schiffes aus. Der Kapitän der „Auguste Victoria“ erhielt bald darauf eine Photographie des Kaisers mit eigenhändiger Widmung. Den Passagieren wurde von Seiner Majestät die Besichtigung der „Hohenzollern“ gestattet.

* Berlin, 19. Juli. Die „Nordb. Allgem. Ztg.“ schreibt: Die vom Reichstanzler genehmigte Aufhebung des Vorzugszinsfußes für Reichs- und Staatspapiere, womit dem Vernehmen nach auch die Finanzverwaltungen des Reiches und des preussischen Staates einverstanden sind, sei von zwei verschiedenen Seiten bemängelt worden. Einerseits sei darin eine Konzeption gegen das Agrarierthum, andererseits das Bestreben, höhere Dividende zu erzielen, gefunden worden. Es handelt sich aber lediglich um die von dem Reichsbankpräsidenten wiederholt im Reichstage angeforderte Befestigung einer Ausnahmebestimmung, welche früher günstig wirkte, in neuerer Zeit aber eine ungeunde Ausdehnung des Lombarden der Centralnotenbank allzusehr förderte. Daß der Börseverkehr am Schlusse der Monate und Quartale dadurch vielleicht einigermaßen, obschon nicht erheblich, erschwert wurde, habe von der alle Stände treffenden und allen gleichmäßig zu Gute kommenden Maßregel nicht zurückhalten können.

* München-Gladbach, 19. Juli. Auf ein anlässlich der gestrigen Enthüllung des Kaiser-Wilhelm-Denkmal's von der heftigen Bürgerchaft an Seine Majestät den Kaiser abgegangenes Subsidiumstelegramm ließ heute vom deutschen Gesandten in Kopenhagen, v. Kiderlen-Wächter, vom Vord der „Hohenzollern“ vor Bergen abgeandte Drahtantwort ein, welche den Dank Seiner Majestät zum Ausdruck bringt. Aus dem gleichen Anlaß ließ auch Ihre Majestät die Kaiserin ihren Dank telegraphisch übermitteln. Ebenso sandte Fürst Bismarck ein Danteslelegramm.

* Straßburg, 19. Juli. Zeitungsmeldungen zufolge nimmt der Reichstagsabgeordnete Preiß-Golmar die Bezirksmandatur für den Kanton Kayfersberg nicht an.

* Meran, 20. Juli. Seit sechs Tagen streifen über 6000 Bauarbeiter. Der gestrige Versuch der Ausständigen, vereinzelte Arbeitsaufnahmen zu verhindern, wurde von der Polizei unterdrückt. Einige Verhaftungen wurden vorgenommen. Patrouillen halten die Ordnung aufrecht. Behördliche Plakate warnen die Streikenden vor Ausschreitungen. Weitere Ruhestörungen sind nicht vorgekommen.

* Wien, 19. Juli. Einer Meldung der „Politischen Korrespondenz“ aus Belgrad zufolge hat die Skupschina einen Finanzausschuß von fünf Mitgliedern gewählt, welcher zusammen mit dem Finanzminister Maßregeln zur Tilgung aller schwebenden Schulden, sowie zur Vermehrung der Kassenbestände feststellen soll. Ein Theil der demnächst aufzunehmenden Konversionsanleihe werde diesem Zwecke gewidmet sein.

* Wien, 19. Juli. Wie der „N. Fr. Pr.“ aus Petersburg gemeldet wird, ist der zweite Direktor des Asiatischen Departements, Sudastow, zum russischen Gesandten in Cetinje ernannt worden.

* Budapest, 19. Juli. Finanzminister Lukacs legte in einer längeren Rede über die Zuckerprämien den hohen Werth der Zuckerindustrie für Ungarn dar und führte aus, welche hohen Fortschritte dieselbe in den letzten Jahren in Ungarn gemacht habe. Die ungarische Zuckerindustrie beschäftige heute rund 200 000 Arbeiter. Die jährliche Zuckerproduktion repräsentire einen Werth von 20 Millionen Gulden, während die Zuckerausfuhr einen Betrag von 10 Millionen Gulden erreichte habe. Der Minister wies ferner nach, daß die Ueberproduktion von Zucker nicht eine Folge der Zuckerprämien, sondern des Niederganges der Getreidepreise gewesen sei, wie denn auch die Zuckerprämien erst bewilligt wurden, nachdem die Ueberproduktion

längst vorhanden war. Der Finanzminister erklärte, Ungarn könne die Prämien nicht ohne große Schädigung der Landwirtschaft einseitig abschaffen, solange dieselben in anderen Staaten bestehen bleiben. Lukacs bezeichnet die Annahme, daß das Zuckerkartell die Preise künstlich in die Höhe treibe, als irrig; denn die Tabelle der Preisbildung für Zucker beweise, daß das Kartell trotz der Steuererhöhung die Preise nicht einmal auf der bisherigen Höhe zu erhalten vermochte; ebenso unrichtig sei die Behauptung, daß die Zuckerrfabriken die Rübenpreise unwillkürlich herabdrücken könnten; denn bei zu niedrigen Preisen würden Zuckerrüben einfach nicht mehr gebaut. Als irrig bezeichnete weiter der Minister die Annahme, daß die Zuckerprämienvorlage einen Vertrag zwischen Oesterreich und Ungarn bedeute, und besprach schließlich die Haltung der Opposition. Hierbei erklärte er, daß das Schicksal des Kabinet's keineswegs von der Annahme der Vorlage abhängen würde. Sollte dieselbe fallen, so könne wohl die Landwirtschaft, Industrie und der Staatschatz beträchtlichen Schaden erleiden; aber der Sturz der Regierung werde dadurch nicht herbeigeführt. Dieselbe werde unter allen Umständen ihre Pflicht thun, um den Konstitutionalismus und Parlamentarismus zu schützen. Die Rede wurde sehr beifällig aufgenommen.

* Paris, 20. Juli. Der Marineminister theilte der Budgetkommission mit, die Regierung sei geneigt, unabhängig von dem Programm betreffend Schiffsbauten die Kreditforderungen für 1898 zu erhöhen.

* Paris, 19. Juli. Die Budgetkommission hat nach drei Sitzungen den Gesetzentwurf D'ochy's über die Marineverhältnisse in allen Theilen angenommen. Sie fordert die Regierung auf, das nothwendige Geld durch Verkauf der keinen Nutzen bringenden Domänen aufzubringen. — Gestern Abend fand, wie die „R. Ztg.“ erfährt, eine Versammlung des imperialistischen Plebisitarkomite's unter dem Vorfig Legoux statt, an der sich 400 Personen beteiligten. Legoux beantragte, den Präsidenten Fereal zum Rücktritt zu zwingen, da er in dem Blatte Plebisite heftig gegen den Prinzen Roland Napoleon losgezogen sei, weil dieser angeblich an einem Empfang im Elysee theilgenommen habe. Die Redner, die sich des Präsidenten annahmen, wurden überschrien und beschimpft. Als man auf dem Punkte angekommen war, den Meinungsstreit mit den Fäustern auszuschleichen, wurde die Versammlung aufgehoben, ohne daß ein Beschluß gefaßt worden wäre.

* Paris, 19. Juli. Der „clair“ schreibt, die orientalischen Ereignisse hätten das französisch-russische Bündniß auf die Probe gestellt. Die Gegner der beiden Länder hätten gehofft, daß die Uneinigkeit, die sie während des Krieges und der Friedensverhandlungen hervorgerufen hätten, das Einvernehmen zwischen Frankreich und Rußland, wenn nicht zerstören, so doch in bedeutendem Maße lockern würde. Dank der Vorsicht und Mäßigung, die man in Petersburg und Paris gezeigt habe, seien diese Hoffnungen getäuscht worden. Die russischen Blätter stellen mit Genugthuung fest, daß die öffentliche Meinung in ihrem Lande wie in Frankreich dem Einvernehmen günstig sei. Das Pariser Blatt führt dann folgende Äußerungen der „Roskauer Zeitung“ an: „Der Plan der Reise des Herrn Felix Faure nach Rußland wird auch die letzten Schatten verschreiben, die wegen der orientalischen Ereignisse entstanden waren, und wird der Ausgangspunkt einer wenn möglich noch engeren Verbindung zwischen Frankreich und Rußland sein.“

* Rom, 20. Juli. Der Senat vertagte sich auf unbestimmte Zeit.

* Rom, 20. Juli. Eine Depesche des Messaggero aus Turin demontirt die Nachricht, daß der Graf von Turin beabsichtige, an den Prinzen von Orleans eine Herausforderung zum Zweikampf zu richten.

* Mailand, 19. Juli. Die „Fref. Ztg.“ meldet: Die Ausweisung der Korrespondenten der politischen Tagesblätter, einschließlich des konservativen „Corriere della Sera“ in Mailand und der offiziellen „Gazzetta Emilia“ in Bologna aus dem Streitgebiet erregt hier Aufsehen. Die Massenverhaftungen dauern fort.

* London, 19. Juli. Die englischen Morgenblätter melden, Labouchere werde im Unterhause den Antrag stellen, Cecil Rhodes von der Liste der Privatratgeber der Königin zu streichen.

* New-York, 20. Juli. Präsident McKinley hat, laut „Frankf. Ztg.“, Karl Schurz den Petersburger Botschafterposten angeboten.

* Johannesburg, 18. Juli. Der Volksrat hat eine Erklärung angenommen, welche die Regierung dafür tadelte, daß sie seine früheren Beschlüsse, worin die Bevorzugung der Einheimischen bei den Staatsanstellungen verlangt wurde, nicht beachtet habe; der Präsident wies zur Vertheidigung auf den großen Umfang des Schriftwechsels in fremden Sprachen hin, zu dessen Bearbeitung die Buren nicht befähigt seien. Der Volksrat beschloß ferner, die Regierung zu ersuchen, das Fremdengesetz dahin abzuändern, daß vor einer Landesverweisung die Entscheidung des obersten Gerichtshofes einzuholen sei.

Verschiedenes.

† München, 19. Juli. (Telegr.) Der Prinz-Regent genehmigte die Errichtung eines Kaiser-Wilhelm-Denkmal's auf dem Regienplatz zu Kärnberg. Der Platz vor dem Burgberg ist wegen des Terrains aufgegeben worden.

† Armen, 18. Juli. Den bei dem Palmer Eisenbahnunglück verunglückten hiesigen Reservisten bezw. deren Hinterbliebenen sind von der Spende Seiner Majestät des Kaisers 1815 M. zugeslossen.

Berantwortlicher Redakteur: Julius Kay in Karlsruhe.

Table of financial markets including Staatspapiere, Eisenbahn-Aktien, Eisenbahn-Prioritäten, and various bank shares. Columns list stock names, prices, and exchange rates.

Advertisement for G. Braun'sche Hofbuchhandlung, Karlsruhe. Features 'Turn- und Tanzlust' with 80 folk songs and dance tunes, suitable for school and social events.

Oberrheische Schule Freiburg im Breisgau. Announcement of the death of teacher Gottfried Rauhmann, aged 64, and the school's mourning period.

Freiwillige Gerichtsbarkeit. Erben-Anruf. Notice regarding the inheritance of Anton Lorenz Lawo, deceased on August 10, 1874.

Bürgerliche Rechtsstreite. Laduna. F-983.1. Nr. 11,665. Mannheim. Die ledige Anna Herrmann in Mannheim, 1. Duerstraße 2 - Prozeßbevollmächtigte: die Rechtsanwältin Dr. Köhler...

1. Egrb. Nr. 112. 23 a 35 m Friedhof im Ortsetter, neben Philipp Jakob Ruhigung, Rudolf Walther, Franz Reichenbacher und der Friedhofstraße.

Bestimmten Aufgebotstermine ihre Rechte geltend zu machen, widrigenfalls solche für erloschen erklärt werden. Durlach, den 10. Juli 1897. Großh. bad. Amtsgericht. (gez.) Bedtold.

Freiwillige Gerichtsbarkeit. Erben-Anruf. F-962. Karlsruhe-Mühlburg. Adolf Schähle, geboren zu Weierheim am 31. Mai 1861, ist am Nachlasse seines am 23. Juni 1897 verstorbenen Vaters, des Ortsdieners Anton Schähle in Weierheim, miterbenerblich.

Bekanntmachung. Zur Fortführung der Vermessungs- werke und der Lagerbücher nachfolgender Gemeinden ist im Einverständnis mit den Gemeinverordneten der beteiligten Gemeinden Tagfahrt jeweils auf dem Rathaus der betreffenden Gemeinde anberaumt für die Gemessung:

11. Egrb. Nr. 6882. 1 a 43 m Wiese im Höffinger, neben der Eisenbahn und dem Güterweg.

12. Egrb. Nr. 5884. 1 a 43 m Lagerplatz im Höffinger, neben der Eisenbahn, Franz Meßger Erben und Christof Heinrich Walther.

Verbindungsabsonderung. F-981. Nr. 11,750. Mannheim. Die Ehefrau des Magazinarbeiters Georg Michael Heß, Anna Katharina, geborne Windisch in Mannheim, hat gegen ihren Ehemann bei diesseitigem Landgerichte eine Klage mit dem Begehren eingereicht, sie für berechtigt zu erklären, ihr Vermögen von demjenigen ihres Ehemannes abzusondern.

Strafrechtspflege. Laduna. F-931.2. Nr. 31,177. Karlsruhe. Gegen 1. Anton Lorenz Lawo, geboren 10. August 1874 in Willtenberg, zuletzt in Karlsruhe, 2. Eduard Schwarz, geb. 13. April 1872 in Weis, heimathsberechtigt in Neuburgweier, 3. Friedrich Schwarz, geb. 25. Dezember 1873 in Aigle, heimathsberechtigt in Neuburgweier, 4. Karl Lorenz Schardt, geb. 2. Juli 1874 in Reienheim, zuletzt in Karlsruhe, 5. August Bernhard Edelmann, Kellner, geboren 18. Mai 1874 in Goldschauer, Ode. Marlen, zuletzt wohnhaft in Baden, ist das Hauptverfahren vor Gr. Strafammer I hier eröffnet worden, weil sie als Wehrpflichtige in der Wehr, sich dem Eintritte in den Dienst des stehenden Heeres oder der Flotte zu entziehen, ohne Erlaubnis des Bundesgebietes verlassen oder nach erreichtem militärischen Alter sich außerhalb des Bundesgebietes aufhalten zu haben, Vergehen gegen § 140 Abs. 1 Nr. 1 des R. St. G. B's.

Die Grundbesitzer werden hier- von mit dem Anfügen in Kenntnis gesetzt, daß das Verzeichnis der seit der letzten Fortführung eingetretenen, dem Gemeindevorstand bekannt gewordenen Veränderungen im Grundeigentum während 8 Tagen vor dem Fortführungstermin zur Einsicht der Beteiligten auf dem Rathaus aufgelegt; etwaige Einwendungen gegen die in dem Verzeich- nis vorgemerkten Veränderungen in dem Grundeigentum und deren Beurkun- dung im Lagerbuch sind dem Fortfüh- rungsbeamten in der Tagfahrt vorzu- tragen. Die Grundbesitzer werden gleich- zeitig aufgefordert, die seit der letzten Fortführung in ihrem Grundeigentum eingetretenen, aus dem Grundbuch nicht ersichtlichen Veränderungen dem Fort- führungsbekanntem in der bezeichneten Tagfahrt anzumelden. Ueber die in der Form der Grund- stücke eingetretenen Veränderungen sind die vorgeschriebenen Handriffe und Zeichnungen vor der Tagfahrt bei dem Gemeindevorstand oder in der Tagfahrt bei dem Fortführungsbekanntem abzugeben, widrigenfalls dieselben auf Kosten der Beteiligten von Amtswegen beschafft werden müßten. Auch werden in der Tagfahrt Anträge der Grundbesitzer wegen Wieder- bestimmung verloren gegangener Grenz- marken an ihren Grundstücken entgegen- genommen. Mühlheim, den 14. Juli 1897. Der Großh. Bezirksprokurator: Fr. W. Meyer.